

Neue Bewegung in Nahost

von Reiner Bernstein¹

Nach dem Debakel des Libanonkriegs werden die Spielräume der israelischen Regierung ersichtlich enger. Damit scheint sich die diplomatische Paralyse endlich zu lösen, die im Zusammenspiel von Wunschdenken und Wirklichkeitsverweigerung politische Fortschritte bisher vereitelte. Minister im israelischen Kabinett halten ihrem Ministerpräsidenten diplomatischen Immobilismus vor; das Verhältnis zwischen Ehud Olmert, seiner Außenministerin Tsipi Livni und Verteidigungsminister Amir Peretz ist stark belastet. Auch von auswärtigen Parteien, die sich bislang mit der Begründung zurückhielten, dass die Gemeinsamkeit der Interessen überwiege, wird Jerusalem inzwischen aufgefordert, seine Politik gegenüber den Palästinensern einer grundlegenden Revision zu unterziehen. So haben 135 namhafte Politiker aus aller Welt im Oktober 2006 dazu aufgerufen, eine internationale Konferenz mit dem Ziel eines umfassenden Friedensvertrages einzuberufen, was auch von arabischen Staaten befürwortet wird.

Bemerkenswertweise hat die Kritik der israelischen Politik auch die USA erreicht. Über die entrüsteten Reaktionen auf die Ächtung des britisch-amerikanischen Historikers Tony Judt vom „Remarque Institute for European Studies“ an der Universität New York hinaus hinterlässt die Studie von John Mearsheimer und Stephen Walt über den Einfluss jüdischer Organisationen auf die US-Außenpolitik ihre Spuren. Selbst in der „jüdischen Lobby“ um das „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) mehren sich die Stimmen, die Israels gesicherte Existenz als von einem Friedensvertrag mit den Palästinensern abhängig ansehen.

Bald muss AIPAC diesbezüglich sogar mit Konkurrenz von jüdischer Seite rechnen. Dass die Herbsttagung der „United Jewish Communities“ in Los Angeles die vorgesehenen Planungen umstürzte und sich fast ausschließlich mit der Lage Israels befasste und dass Benjamin Netanjahus Ansprache vom stürmischen Applaus der Delegierten begleitet war, mag auch als ein Zeichen der Sorge vor einer Wende in Washingtons Nah- und Mittelostpolitik interpretiert werden.

In Israel selbst haben nach dem Krieg in Libanon die „Aufräumarbeiten“ begonnen, zu denen die Überprüfung der Rolle des Militärs und eine Kosten-Nutzen-Rechnung des Krieges gehören. Offensichtlich hat das Militär im Zuge des Krieges starke Vertrauenseinbußen hinnehmen müssen. An der Spitze der Unbeliebtheitsskala rangieren jedoch, einer neuen Umfrage zufolge, die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten.

Nachdem der Autonomiebehörde im Gazastreifen die Kontrolle entglitten ist, sind die Palästinenser weiter von nationaler Unabhängigkeit entfernt als zur Zeit der Osloer Vereinbarungen und der Roadmap des internationalen Quartetts, welche immerhin einen Rahmen für die Regelung aller zwischen beiden Parteien offenen Probleme vorsahen. Das Scheitern dieser Friedenspläne hat jedoch gefährliche Metastasen in anderen Teilen der Region gezeitigt, die ihrerseits auf den Konflikt zurückstrahlen. Hier ist das Bild vom Gordischen Knoten tatsächlich angebracht, der durch die „gegenseitige Nichtanerkennung“ (Ghassan Khatib) immer enger geschnürt wird –

¹ Der Beitrag erschien in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ im Januar-Heft 2007.

und umso mehr zu nachdrücklichem politischem Handeln herausfordert, um eine neue Dynamik in Gang zu setzen. Wo aber sind die relevanten politischen Akteure? Und welche Rolle kommt der Europäischen Union in diesem Zusammenhang zu?

Europäische Optionen

Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts werde aus den Reihen der internationalen Gemeinschaft kommen, oder es werde überhaupt keine Lösung geben, hat der frühere Außenminister Shlomo Ben-Ami zu Recht prophezeit. Zu den ungeschriebenen Gesetzen der transatlantischen Beziehungen gehörte bislang allerdings die Überzeugung, dass Europa nur dann politisches Gewicht im Nahen Osten gewinnen könne, wenn es seine Gehversuche mit Washington abstimmt. Im Schatten der von den USA vorgegebenen Parole „Kampf gegen den Terrorismus“ investierten nur wenige Regierungen ihre diplomatischen Kräfte in eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die diesen Namen verdient. Vielmehr fügte man sich allzu bereitwillig in die Rolle des Juniorpartners, dessen Einfluss äußerst beschränkt war.

Doch nach den drängenden Anfragen Washingtons, Europa und allen voran die Bundesrepublik sollten stärkere militärische Beiträge im Irak und im Süden Afghanistans leisten, müssten sich diese nun ihrerseits veranlasst sehen, von Washington ein *quid pro quo* zu verlangen. Aus europäischer Sicht ist ein diplomatisches Geschäft des „Gebens und Nehmens“ geboten, das ein stärkeres politisches Mitspracherecht auch im Nahen Osten einfordert – dem „Kernkonflikt“ vor der Haustür Europas (Frank-Walter Steinmeier).

Die Besinnung auf Europas gemeinsame Kräfte würde der Einsicht Rechnung tragen, dass sich die Europäer aus dem östlichen Mittelmeerraum nicht ohne Inkaufnahme erheblicher sicherheitspolitischer Risiken zurückziehen können. Offensichtlich wird die Lage mittlerweile tatsächlich als derart kritisch angesehen, dass Frankreich, Spanien und Italien im November einen ersten Vorstoß mit einer friedenspolitischen Blaupause starteten. Diese weist fünf Ziele bzw. Forderungen auf: das sofortige Ende der Gewalt, die Bildung einer palästinensischen Regierung der nationalen Einheit, den Austausch von Gefangenen, die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Olmert und Abbas sowie die Entsendung einer internationalen Truppe zur Überwachung der Waffenruhe im Gazastreifen. (Gerade letzteres könnte sich schon bald als erforderlich erweisen. Sollten Berichte zutreffen, wonach Israel und die USA der Präsidentengarde von Mahmud Abbas Waffen liefern, wäre dies in der Tat verhängnisvoll: Sie würden den palästinensischen Bürgerkrieg weiter anheizen.)

Die israelische Regierung wies die europäischen Vorschläge umgehend mit der Begründung zurück, sie seien ohne Konsultation mit ihr entstanden. Dies entspricht exakt jener Grundposition, die bereits die Roadmap zum Scheitern brachte: Die 14 „Modifikationen“ Ariel Sharons liefen letztlich alle darauf hinaus, die drei zeitlich aufeinander bezogenen Stufen bis Ende 2005 der israelischen Interpretation zu unterwerfen.

Immerhin könnte diesmal die europäische Position Unterstützung aus Washington erfahren. Wenn nicht alles täuscht, ist in der US-Administration nach den verlorenen Kongresswahlen ein zähes Ringen im Gange. Mit der Anfang Dezember vorgelegten „Iraq Study Group“ unter Leitung von Ja-

mes Baker und Lee Hamilton erhält eine „realistische Politik“ Unterstützung, die sich von der messianisch getränkten Metaphysik des gegenwärtigen Herrn des Weißen Hauses verabschiedet – schon weil diese politisch und militärisch katastrophal versagt hat. Und wenn man ihm keine völlige Verblendung unterstellen will, wird auch Bush jr. kein Interesse daran haben, dem nächsten republikanischen Präsidentschaftskandidaten völlig verbrannte Erde zu hinterlassen.

Im Sinne einer gewissen Korrektur des bisherigen Dogmas wurde bereits die Bitte Olmerts abschlägig beschieden, den Konflikt mit den Palästinensern auf dieselbe Stufe wie den „Kampf gegen den Terror“ im Irak und in Afghanistan zu stellen. Wenn Worte in der Politik überhaupt eine Bedeutung haben, sei zudem an Condoleezza Rice erinnert, die im Oktober 2006 vor der „American Task Force on Palestine“ – einer Organisation US-amerikanischer Palästinenser – verkündete, dass „das wichtigste Vermächtnis für Amerika seine Hilfe für die Schaffung eines palästinensischen Staates für ein Volk ist, das zu lange gelitten hat, das zu lange gedemütigt worden ist, das zu lange von seinem Potential keinen Gebrauch machen konnte, um es der internationalen Gemeinschaft und uns allen zur Verfügung zu stellen“. Jetzt steht die politische Umsetzung dieser deutlichen Worte auf der Tagesordnung.

Entscheidend wird dies natürlich von der Situation in Israel selbst abhängen. Um den durch den fehlgeschlagenen Washington-Besuch Olmerts angerichteten Imageschaden zu beheben, wurde den israelischen Medien postwendend „eine mutige politische Initiative“ des Ministerpräsidenten zugespielt, die angeblich einen Kurswechsel gegenüber den Palästinensern einleiten sollte. Bei näherem Hinsehen lässt sie jedoch nicht substantiell Neues erkennen: Die Bereitschaft zur Räumung großer Teile der Westbank wird Vorbedingungen unterworfen, an deren erster Stelle das Ende terroristischer Aktionen der Palästinenser steht. Neu ist allenfalls, dass Olmert erstmals von einem zusammenhängenden Territorium des künftigen Staates sprach. Der Verdacht, den Palästinensern sei die Eskalation der Gewalt und die Manipulation der Wahrheit förmlich genetisch eingeschrieben, zielt letztlich auch auf Präsident Abbas, weil er „ Hamas“ mangels ausreichender Autorität nicht in den Griff bekommt. Zu Recht hat Abbas' enger Berater Yasser Abed Rabbo, der das palästinensische Team der „Genfer Initiative“ leitete, beklagt, dass die Palästinenser stets mit der Beweislast konfrontiert seien, jeden Schritt zu erklären, den sie in Richtung Versöhnung mit Israel unternehmen, während die andere Seite keinerlei Anstalten zeige, wirklich zu kooperieren.

Abed Rabbo konnte sich durch die Ernennung des Vorsitzenden der zionistisch-nationalistischen Partei *Israel Beitenu*, Avigdor Lieberman, zum Minister zur Abwehr strategischer Gefahren im Range eines stellvertretenden Ministerpräsidenten bestätigt sehen. Lieberman schreckte nicht vor der Forderung zurück, seine Regierung solle endgültig von Abbas abrücken, die Führung von „ Hamas“ auslöschen und die Roadmap ignorieren.

„Frieden ohne Alternative“

Dem grassierenden Bellizismus zum Trotz hat der Schriftsteller David Grossman Anfang November 2006 den Auftrag für die Zukunft mit „Frieden ohne Alternative“ bezeichnet. Tatsächlich ist die Sicherheit Israels nicht von der anhaltenden Besetzung der Westbank und des arabischen Teils Jerusalems abhängig, denn die Palästinenser sind das schwächste Glied in der

arabischen Kette. Mehr noch: Die Realisierung ihrer nationalen Ansprüche könnte sie mittelfristig in Fürsprecher Israels und Amerikas in der arabischen Welt verwandeln. In jedem Fall würde die Beendigung des Jahrhundertkonflikts die Erkenntnis fördern, dass beide Völker aufeinander angewiesen sind.

Da Syrien einen Schlüssel im Nahostkonflikt in der Hand hält, ist außerdem dringend die Prüfung der von Damaskus signalisierten Friedensbereitschaft geboten. Von dem autoritären Präsidentialregime unter Führung Bashar al-Assad ist eine Beruhigung im Libanon abhängig, die voraussetzt, dass Damaskus seine Unterstützung der „Hisbollah“ einstellt und das Politische Büro der Hamas um Khaled Meshal neutralisiert.

Für diese positiven Ansätze werden allerdings hohe politische Preise zu zahlen sein: Ohne eine Rückübertragung der Golanhöhen, welche die Anerkennung als Regionalmacht neben Israel, Ägypten, der Türkei und dem Iran bedeuten würde, wird sich Damaskus jedoch weder zur Entlastung der Amerikaner im Irak (etwa durch die energische Kontrolle seiner Grenzen zum Nachbarland) bereit finden, noch sein Störpotenzial gegen Israel einfrieren.

Die Alternative käme Israel allerdings noch wesentlich teurer zu stehen: Ein Auseinanderbrechen des Irak ließe Syrien in eine schiitische Zange zwischen Iran, dem irakischen Süden und Libanon geraten – mit bedrohlichen Folgen für Israel.

Dagegen würde durch ein multipolares Design die vollständige Abhängigkeit des Landes von den USA aufgelockert. Zugleich würde Israels Integration in der Region erhöht und seine Bedrohung durch den iranischen Präsidenten Achmadinedschad gemindert. Gewiss zeichnet sich damit zwar noch kein nahöstlicher „Club Med“ – so der einstige Chefunterhändler von Shimon Peres, Uri Savir – am Horizont ab. Doch könnten endlich in allen Staaten die schweren sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme angegangen werden, die bisher mit Verweis auf den israelisch-palästinensischen Konflikt stets auf die lange Bank geschoben werden.